

08/09.2010

**AKTUELL**

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	12
Konsum & Verbraucherschutz	17
Landwirtschaft & Gentechnik	17
Naturschutz & Biodiversität	18
Stadt & Region	21
Tierschutz & Ethik	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	22
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	25
Wirtschaft & Unternehmen	28

**VERBÄNDE**



Thema: Deutscher Naturschutztag	38
DNR intern	39
Aus den Verbänden	39
Ehrenamt	39
Preise & Ausschreibungen	39

**SERVICE**

Rezensionen	40
Internet	41
Neu erschienen	42
Leserbriefe	43
Impressum	43
Termine	44

**ökopädNEWS**

ANU-Informationsdienst	
Umweltbildung	45
Klimaneutrale Zertifizierung	
Schwerpunkt: Naturerleben	

**SPEZIAL**

**Wasser**

Seite 29 bis 37

**THEMEN DES MONATS**

Wattenmeer

**Fossiler Anachronismus**

**Noch bis zum Jahr 2041 darf der Energiekonzern RWE im Wattenmeer nach Öl bohren**

Seite 2

Militär und Umwelt

**Aufrüsten mit Nanotechnologien**

**Weil Nanowaffen unkontrollierbar sind, muss globale Sicherheit anders organisiert werden**

Seite 4

Ressourcenpolitik

**Viva la Effizienzrevolution**

**Wirtschaft und Gesellschaft müssen umsteuern, denn das Zeitalter der Verschwendung geht zu Ende**

Seite 6

Interview: Bisphenol A

**„Keiner traut sich, es zu verbieten“**

**Hormonähnliche Stoffe sind gefährlich, doch die Behörden fürchten den Gegenwind der Industrie**

Seite 9

Transparenz**Lobbyregister unglaublich**

■ Das 2008 eingeführte EU-Lobbyregister kann seine Aufgabe offenbar noch immer nicht erfüllen. Das Register soll mehr Transparenz schaffen und zeigen, wer Einfluss auf die EU-Institutionen ausübt. Weniger als ein Fünftel der mindestens 15.000 EU-Lobbyisten hätten sich freiwillig eingetragen, kritisierten Nichtregierungsorganisationen im Juli in Brüssel. Das lobbyismuskritische Corporate Europe Observatory (CEO) und das europäische Transparenznetzwerk ALTER-EU fordern eine Registrierungspflicht, um die Glaubwürdigkeit des Registers zu verbessern. [zt]

- ▶ CEO, Olivier Hoedeman, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 8930930, [www.corporateeurope.org](http://www.corporateeurope.org)
- ▶ [www.alter-eu.org](http://www.alter-eu.org)

Aarhus-Konvention**Task Force kämpft für Bürger**

■ Eine Task Force für die Stärkung der Öffentlichkeitsbeteiligung bei Entscheidungsprozessen hat sich Ende Juni zum ersten Mal in Genf getroffen, um die Umsetzung der Aarhus-Konvention zu verbessern. Die Aarhus-Konvention zählt zu den wichtigsten internationalen Regelungen im Umweltrecht und soll den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten, das Informationsrecht und die Partizipation von BürgerInnen durchsetzen. Da viele Länder das Regelwerk zwar unterzeichnet, aber noch nicht in die Praxis übernommen haben, soll das neue Gremium diesen Prozess zu beschleunigen.

Umweltverbände begrüßten die Einrichtung der Task Force. Diese soll Beispielhaftes ebenso wie Mängel veröffentlichen, Expertenpools zusammenstellen sowie Bildungs- und Forschungsarbeiten organisieren. Davon sollen auch Nichtregierungsorganisationen profitieren. [jg]

- ▶ [www.kurzlink.de/aarhus-tf-2010](http://www.kurzlink.de/aarhus-tf-2010)
- ▶ DNR, Nachhaltigkeitsexperte Florian Noto, Tel. +49 (0)30 / 6781775-84, E-Mail: [florian.noto@dnr.de](mailto:florian.noto@dnr.de)

**Zu kurz gesprungen, aber in die richtige Richtung**

**Das Sparpaket der Bundesregierung ist der größte Schritt im Ökosteuerebereich seit 1998. Jetzt muss ihre anspruchsvolle Ausgestaltung durchgesetzt werden, sagt Damian Ludewig vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft.**

Anfang Juni beschloss das Bundeskabinett ein Sparpaket mit einem Volumen von insgesamt 80 Milliarden Euro, verteilt auf vier Jahre. Es enthält neben zahlreichen Kürzungen im Sozialbereich auch einige ökofiskalische Maßnahmen, wie sie das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) und viele Umweltverbände seit Langem fordern:

So ist eine Brennelementesteuer dringend notwendig, um den finanziellen Vorteil auszugleichen, der für die Atombranche durch die Einführung des Emissionshandels für fossile Brennstoffe entsteht, und um die heute schon bekannten Kosten für Altlasten abzudecken. Entscheidend ist, dass sich Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ihrer Ankündigung durchsetzt, die Abgabe sei unabhängig von etwaigen Laufzeitverlängerungen. Für den kurzfristigen Ausgleich der finanziellen Vorteile der Atomenergie müsste eine Kernbrennstoffsteuer zu einem jährlichen Aufkommen von etwa vier Milliarden Euro führen. Die Bundesregierung plant dagegen nur mit 2,3 Milliarden.

Auch die Einführung einer „nationalen ökologischen Luftverkehrsabgabe“ ist grundsätzlich zu begrüßen. Die geplanten 13 Euro für Kurz- und 26 Euro für Langstreckenflüge hätten aber kaum eine ökologische Lenkungswirkung. Das FÖS schlägt dagegen 20 bis 40 Euro je nach Klasse und Entfernung vor. Das ergäbe 2,3 Milliarden Euro an Einnahmen, was ebenfalls deutlich mehr als die von der Bundesregierung veranschlagte eine Milliarde wäre. Auch ist strittig, ob nach Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel die Abgabe weiter erhoben werden soll. Immerhin zieht Deutschland mit der Einführung endlich mit den wichtigsten europäischen Wettbewerbern gleich.

Der beschlossene Abbau von Ausnahmen bei der Ökosteuer bleibt mit kurzfristig einer Milliarde und später 1,5 Milliarden Euro pro Jahr ebenfalls etwas unter seinen Möglichkeiten. Trotzdem sind die Pläne erfreulich. Zwar wird die Steuerbefreiung für Bereiche wie Zement-, Glas- oder metallverarbeitende Industrie wohl nicht angetastet, doch soll

die allgemeine Steuerbegünstigung des produzierenden Gewerbes mit einem ermäßigten Satz von 60 Prozent wegfallen. Auch der Satz für den Spitzenausgleich wird voraussichtlich von 95 auf etwa 80 Prozent abgesenkt und der Sockelbetrag kräftig angehoben. Darüber hinaus plant das Wirtschaftsministerium einen schnelleren Abbau der Kohlesubventionen und der Verkehrsminister will die Lkw-Maut ausweiten. Auch wenn die Maßnahmen in der bisher geplanten Ausgestaltung noch Mängel aufweisen, sind die Vorhaben prinzipiell begrüßenswert.

Die auf dem Tisch liegenden Beschlüsse sind seit Einführung der Ökosteuer 1998 der größte Schritt in Richtung einer konzeptionellen Weiterentwicklung ökofiskalischer Elemente. Das ist auch dringend nötig, denn der Anteil der Umweltsteuern hat, auch durch Inflation, schon fast wieder das Niveau vor der ökologischen Steuerreform erreicht. Selbst mit der vollständigen Umsetzung der gefassten Sparbeschlüsse wäre nicht der Umweltsteueranteil von 2003 erreicht. Dennoch ist der ökologische Anteil des Sparpakets von der Stoßrichtung her Politik, wie man sie von einer „Klimakanzlerin“ erwartet.

Das Fazit lautet daher: zu kurz gesprungen – aber immerhin in die richtige Richtung! Ein stärkerer Abbau umweltschädlicher Subventionen oder aber die Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer hätten die deutliche soziale Schiefelage des Pakets problemlos vermeiden. Während der Haushaltsberatungen, die sich bis Ende November hinziehen werden, kommt es deshalb darauf an, am Ball zu bleiben und die seltene Gelegenheit für eine ökologischere, aber auch sozialere Gestaltung des Steuersystems zu nutzen.

**Der Volkswirt Damian Ludewig ist Geschäftsführer beim Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) in Berlin.**

**Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 762399130,  
E-Mail: [damian.ludewig@foes.de](mailto:damian.ludewig@foes.de),  
[www.foes.de](http://www.foes.de)**